Anonymisierte Fassung

-1209115-

C-832/21 – 1

Rechtssache C-832/21 Vorabentscheidungsersuchen

Eingangsdatum:

27. Dezember 2021

Vorlegendes Gericht:

Oberlandesgericht Düsseldorf (Deutschland)

Datum der Vorlageentscheidung:

16. Dezember 2021

Beklagte und Berufungskläger:

Beverage City & Lifestyle GmbH

MJ

Beverage City Polska Sp.z.o.o.

FE

Klägerin und Berufungsbeklagte:

Advance Magazine Publishers, Inc.

[OMISSIS]

OBERLANDESGERICHT DÜSSELDORF

BESCHLUSS

In dem Rechtsstreit

1. der Beverage City & Lifestyle GmbH, [OMISSIS] Schorfheide,
2. des Herrn MJ, [OMISSIS],

DE

Beklagte und Berufungskläger zu 1. und 2.,

[OMISSIS]

3. der Beverage City Polska Sp.z.o.o., [OMISSIS] Kraków, Polen,
4. des Herrn FE, [OMISSIS],

Beklagte und Berufungskläger zu 3. und 4.,

[OMISSIS]

g e g e n

die Advance Magazine Publishers Inc., [OMISSIS] New York, Vereinigte Staaten von Amerika,

Klägerin und Berufungsbeklagte,

[OMISSIS]

hat der 20. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf [OMISSIS]

b e s c h l o s s e n:

I.

Das Verfahren wird ausgesetzt.

II.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf legt dem Gerichtshof der Europäischen Union folgende Frage betreffend die Auslegung von Artikel 122 der Verordnung (EU) 2017/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke (nachfolgend: UMV) in Verbindung mit Artikel 8 Nr. 1 der Verordnung (EU) 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (nachfolgend: EuGVVO) zur Vorabentscheidung vor:

Ist eine „so enge Beziehung“ zwischen den Klagen, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint, um einander widersprechende Entscheidungen zu verhindern, im Sinne von Artikel 8 Nr. 1 EuGVVO gegeben, wenn bei der Verletzungsklage wegen Verletzung einer Unionsmarke der Zusammenhang darin besteht, dass die in einem Mitgliedsstaat (hier: Polen) ansässigen Beklagten die eine Unionsmarke verletzenden Waren an eine in einem anderen Mitgliedsstaat (hier: Deutschland) ansässige Beklagte, deren ebenfalls als Verletzer verklagter gesetzlicher Vertreter der Ankerbeklagte ist, geliefert hat, wenn die Parteien

nur über die reine Lieferbeziehung miteinander verbunden sind und weder rechtlich noch tatsächlich ein darüber hinausgehender Zusammenhang besteht?

Gründe

A)

- 1 Die Klägerin ist Inhaberin mehrerer Unionsmarken mit dem Wortbestandteil „Vogue“, unter anderem
 - EU-Marke 00183756 VOGUE mit einer Priorität vom 01.04.1996 u. a. eingetragen in Klasse 16 für „Druckereierzeugnisse“;
 - EU-Marke 004023041 VOGUE mit einer Priorität vom 02.09.2004 1996 u. a. eingetragen in Klasse 16 für „Druckereierzeugnisse“;
 - EU-Marke 014273296 VOGUE mit einer Priorität vom 02.09.2004 eingetragen am 19.06.2015 u. a. in Klasse 43 für „vorübergehende Beherbergung von Gästen; Betrieb von Hotels, Bars, Cafes, Restaurants und Nachtclubs; Verpflegung; Catering“;für die sie geltend macht, dass es sich um bekannte Marken handelt.
- 2 Die Beklagte zu 1) ist eine Gesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Schorfheide im Bundesland Brandenburg, deren Geschäfte von dem Beklagten zu 2), ihrem Geschäftsführer, geleitet werden, der seinen Wohnsitz in Niederkassel im Bundesland Nordrhein-Westfalen hat. Die Beklagte zu 3) ist eine Gesellschaft polnischen Rechts mit Sitz in Kraków in Polen, deren Geschäftsführer der ebenfalls in Kraków ansässige Beklagte zu 4) ist.
- 3 Die Beklagte zu 3) stellt einen Energydrink unter der Bezeichnung „DIAMANT VOGUE“ her und bewirbt und vertreibt diesen. Die Beklagte zu 1) war mit der Beklagten zu 3) durch einen exklusiven Vertriebsvertrag für Deutschland verbunden und bezog den entsprechend gekennzeichneten Energydrink in Polen von der Beklagten zu 3). Darüber hinausgehende rechtliche Verbindungen bestehen zwischen der Beklagten zu 1) und der Beklagten zu 3) nicht, insbesondere besteht trotz der Namensähnlichkeit keine konzernmäßige Verbundenheit.
- 4 Die Klägerin sieht darin eine Verletzung ihrer Unionsmarken und hat sämtliche Beklagte vor dem Landgericht Düsseldorf als dem für das Bundesland Nordrhein-Westfalen zuständigen Unionsmarkengericht unionsweit auf Unterlassung und – später beschränkt auf Handlungen in Deutschland – auf Auskunft, Rechnungslegung und Feststellung der Schadensersatzpflicht in Anspruch genommen. Die Beklagten zu 3) und 4) haben unter anderem geltend gemacht, es fehle an einer internationalen Zuständigkeit für die gegen sie gerichtete Klage.

- 5 Das Landgericht Düsseldorf hat die Beklagten antragsgemäß verurteilt und seine internationale Zuständigkeit hinsichtlich der Beklagten zu 3) und 4) auf Artikel 8 Nr. 1 EuGVVO gestützt. Es ist davon ausgegangen, dass auf die vorliegende Fallkonstellation die Grundsätze gelten, die der Gerichtshof in seinem Urteil vom 27.09.2017 – C-24/16, C-25/16 – Nintendo Co. Ltd. / BigBen Interactive GmbH u. a. [ECLI:EU:C:2017:724] aufgestellt hat.
- 6 Gegen dieses Urteil wenden sich – nachdem die Beklagten zu 1) und 2) ihre ursprünglich eingelegte Berufung zurückgenommen haben – die Beklagten zu 3) und 4) mit ihrer Berufung, mit der sie weiterhin unter anderem geltend machen, es fehle an der internationalen Zuständigkeit deutscher Gerichte. Sie seien ausschließlich in Polen tätig geworden und hätten die Waren auch dort an ihre Abnehmer ausgeliefert. Die Entscheidung Nintendo / BigBen sei auf diesen Fall nicht übertragbar, weil die Beklagten zu 1. und 2. einerseits und zu 3. und 4. andererseits in keiner relevanten Weise miteinander verbunden seien.

B)

- 7 Die Entscheidung des Rechtsstreits hängt von der Beantwortung der Vorlagefrage ab.
- 8 Eine internationale Zuständigkeit der deutschen Unionsmarkengerichte für die Klage gegen die Beklagten zu 3) und 4) kann sich nur aus Art. 8 Nr. 1 EuGVVO ergeben. Allein für den Beklagten zu 2), der seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen hat, ist das Landgericht Düsseldorf (und in der Berufungsinstanz der Senat) nach Artikel 125 Absatz 1 UMV international zuständig. Eine Zuständigkeit für die Beklagten zu 3) und 4) setzt damit voraus, dass zwischen der gegen diese gerichtete Klage und der gegen den Beklagten zu 2) gerichteten Klage „eine so enge Beziehung gegeben ist, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint, um zu vermeiden, dass in getrennten Verfahren widersprechende Entscheidungen ergehen könnten“.
- 9 Von dem Sachverhalt, der dem Urteil Nintendo / BigBen zu Grunde lag, unterscheidet sich der vorliegende Sachverhalt zum einen dadurch, dass die Lieferbeziehung nicht zwischen dem Ankerbeklagten, dem Beklagten zu 2), und den Beklagten zu 3) und 4) bestand, sondern zwischen der Beklagten zu 1) und der Beklagten zu 3), während die Beklagten zu 2) und 4) als jeweils für die juristischen Personen handelnden Vertreter in Anspruch genommen werden.
- 10 Zum anderen hat der Gerichtshof in dem Urteil Nintendo / BigBen unter anderem darauf abgestellt hat, dass die Beklagten dort konzernmäßig verbunden waren (Randnummer 51 des Urteils). An einer derartigen Verbundenheit fehlt es hier. Die jeweiligen Parteien in Deutschland und Polen handeln eigenverantwortlich und unabhängig voneinander. Es besteht letztlich ein Sachzusammenhang nur in Form einer Lieferkette. Es erscheint aber fraglich, ob dies allein ausreicht.
- 11 Der Klägerin ist zuzugeben, dass es sich um die gleichen Marken und die gleiche möglicherweise verletzte Ware handelt, so dass wohl die Gefahr sich

widersprechender Entscheidungen bestünde, wenn ein Gericht in dem Vertrieb eine Verletzung sehen würde und ein anderes nicht. Andererseits würde dieses Argument aber auch gelten, wenn zwischen den Parteien gar keine Beziehung bestehen würde, sondern sie innerhalb der Union die gleichen – von einem Dritten bezogenen – Waren vertreiben würden. Insoweit ist zu beachten, dass die Anwendbarkeit von Artikel 8 Nr. 1 EuGVVO die Zuständigkeitsregelung in Artikel 125 UMG nicht aushöhlen darf. In der Rechtsprechung der nationalen Gerichte (Österreichischer Oberster Gerichtshof, GRUR Int. 2013, 569 – Red Bull / Pitt Bull, 4 Ob 221/12x vom 15.01.2013) wird die Vorschrift allerdings auch bei einer bloßen Lieferbeziehung angewendet.

[OMISSIS]